

Halle (Saale)

Erfolgreiche anti-rassistische Arbeit trotz politischen Drucks

Inhalt

1. Zusammenfassung und Erkenntnisse

2. Lokaler Hintergrund und Kontext

3. Ausgewählte lokale Ansätze

3.1 Unterstützung und Austausch für Geflüchtete und Alteingesessene: 'Welcome-Treff'

3.2 Anstelle der Lagerunterbringung ein Zuhause

4. Interessenvertretung und Vernetzung

5. Update: Was ist neu im Jahr 2023?

1. Zusammenfassung und Erkenntnisse

Wichtigste Erkenntnisse

1

In Halle organisieren sich zivilgesellschaftliche antirassistische Projekte unter schwierigsten Bedingungen. Weite Teile Ostdeutschlands stehen unter viel höherem politischen Druck rechter Gruppierungen als Westdeutschland.

2

Die Stadt ist ein gutes Beispiel dafür, dass zivilgesellschaftliche Willkommensstrukturen, die während des Sommers der Migration 2015 entstanden sind, auch weiterhin wichtig bleiben. Die Initiativen leisten bis heute nachhaltige Solidaritätsarbeit vor Ort.

Was ist das Besondere an der Stadt?

Anhaltender antirassistischer Aktivismus: Trotz der erschwerten Umstände und des hohen Drucks von rechts setzt sich die lokale antirassistische Szene seit mehr als zwei Jahrzehnten auf kommunaler und auf Landesebene für die Verbesserung der Lebenssituation von Geflüchteten ein. Das Netzwerk von Willkommensinitiativen verzeichnete nicht nur lokale Erfolge, sondern sorgte auch dafür, dass die Stadt von der Landesregierung Verbesserungen einforderte. Halle beschloss innovative Maßnahmen, die den Zugang zu individuellem Wohnraum für geflüchtete Menschen verbesserten.

Wo liegt der Schwerpunkt der lokalen Migrationspolitik?

Nachhaltige lokale Solidaritätsarbeit: Lokale Bewegungen positionierten sich gegen die menschenverachtende Migrationspolitik und bauten alternative lokale Strukturen auf, als die Kommunen nicht handelten. Die Proteste gegen Abschiebungen vom Flughafen Leipzig/Halle und für die Abschaffung des bevormundenden Gutscheinsystems für Geflüchtete sowie ein von Bürger:innen geführtes Willkommenszentrum sind herausragende Beispiele für eine breit aufgestellte und durchsetzungsstarke zivilgesellschaftliche Arbeit.

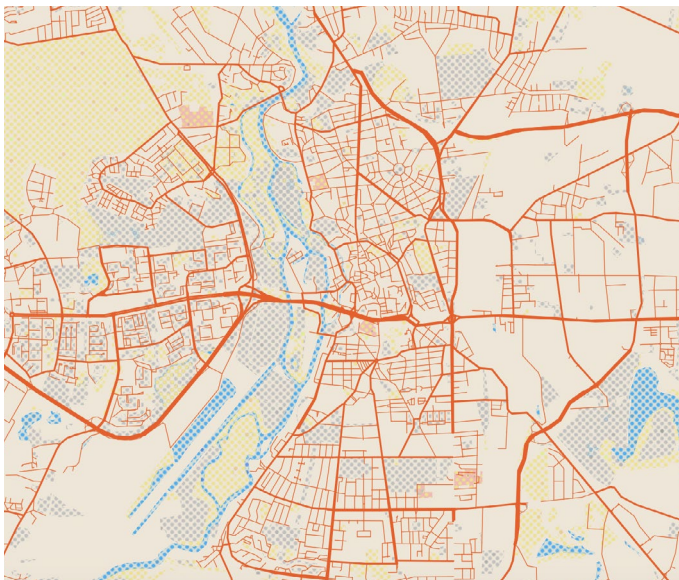
Was sind die größten Erfolge?

Ein Begegnungscafé für Neubürger:innen und Alteingesessene: Die Aufrechterhaltung der 'Willkommenskultur' von 2015 in einem vergleichsweise feindlichen Umfeld ist ein beeindruckendes Resultat der kontinuierlichen aktivistischen Bemühungen in Halle. Unter den zahlreichen Projekten sticht besonders der 'Welcome-Treff' hervor: Als die Hallenser

Verwaltung sich weigerte, ein vom Stadtrat vorgeschlagenes Integrationszentrum zu eröffnen, sprang eine Bürgerinitiative ein und gründete ein Begegnungscafé für Geflüchtete und Einheimische. Der mittlerweile sehr beliebte Treffpunkt bietet verschiedenste Formen der Unterstützung an: Hilfe beim Spracherwerb, beim Ausfüllen von Formularen und bei der Bewerbung um einen Arbeitsplatz.

Politische Arbeit über die lokale Ebene hinaus

Schon Monate vor dem Entstehen der Seebrücke-Bewegung im Sommer 2018 schlossen sich in Halle Aktivistengruppen, Institutionen, Einzelpersonen und Mitarbeiter:innen der Stadtverwaltung zu einer Initiative zusammen. Dank ihres unermüdlichen Einsatzes stimmte der Stadtrat für den Beitritt Halles zum Bündnis 'Städte sicherer Häfen' und die Unterzeichnung der 'Potsdamer Erklärung'.



Bevölkerung

238.762 Einwohner:innen

Lage

Ostdeutschland, im deutschen Bundesland Sachsen-Anhalt

Bürgermeister:in

Bernd Wiegand (parteilos)

2. Lokaler Hintergrund und Kontext

Halle steht für die Fortdauer zivilgesellschaftlicher Willkommensstrukturen des 'Sommers der Migration' 2015. Bis heute wird auf diese Weise nachhaltige Solidaritätsarbeit vor Ort geleistet. Ihre Zusammenarbeit mit lokalen Politiker:innen kann jedoch schwierig sein, und die institutionelle Unterstützung ist nicht immer gegeben.

Es gibt in Ostdeutschland zwar eine antirassistische Zivilgesellschaft, doch der politische Druck von rechten Gruppierungen ist deutlich größer als in Westdeutschland. Dies gilt insbesondere für öffentlich geförderte antirassistische Initiativen. Eine beliebte Strategie der rechtsextremen AfD in Ostdeutschland ist es, antirassistische Initiativen als 'extremistisch' zu diskreditieren, damit ihnen öffentliche Gelder entzogen werden.

Widerstand und Organisation in feindlichem Umfeld

Ein symbolischer Erfolg war die Gründung des Aktions-Fonds 'HALLIANZ' durch die Stadt Halle gemeinsam mit Gruppen der Zivilgesellschaft.¹ Er unterstützt die ehrenamtliche Arbeit von Vereinen und Einzelpersonen mit dem Schwerpunkt Antirassismus. Die Mittel stammen aus dem Bundesprogramm 'Demokratie leben!'² und aus privaten Spenden.

Allein im Jahr 2020 wurden drei antirassistische Projekte mit Geldern aus dem Fonds finanziert. Das örtliche Georg-Cantor-Gymnasium lud Vertreter:innen der Seebrücke zu einem Projekttag ein und beschäftigte sich mit Themen rund um Asyl und Geflüchtete. Unterstützt wurde außerdem das mobile Essenskollektiv FoodNotBorders,³ das nicht nur bei antirassistischen Aktionen kocht, sondern mit den Einnahmen wiederum antirassistische Projekte unterstützt.

Der HALLIANZ-Fonds stellte auch Geld für das Projekt 'Coffee Party for Woman*' zur Verfügung. Dabei handelt es sich um einen Gesprächsraum für Frauen mit Flucht- oder Migrationshintergrund. Auf Initiative von Student:innen aus Halle wurde damit ein Treffpunkt geschaffen, der Frauen, die noch nicht lange in Halle oder Deutschland leben, die Möglichkeit gibt, intime Themen zu besprechen und Ansprechpartnerinnen für Themen wie Sexualität und Körper zu finden. Die Gruppe brachte interessierte Frauen und Dolmetscherinnen zusammen, so dass zukünftige Treffen selbst organisiert werden können.

Der Kampf um öffentliche Unterstützung

Öffentliche Unterstützung für antirassistische Initiativen ist in Städten wie Halle keine Selbstverständlichkeit. Dies wurde auch deutlich, nachdem linke Parteien im Dezember 2017 eine Beschlussvorlage in den Stadtrat eingebracht und dieser daraufhin beschlossen hatte, ab März 2018 eine Person für eine 'Fachstelle für Demokratie – gegen Rassismus und Menschenfeindlichkeit' einzustellen.⁴ Die Stelle sollte sich auch mit Aktivitäten rund um das Thema Flüchtlingsolidarität befassen. Der Bürgermeister besetzte die Stelle erst 2020. Im Juli desselben Jahres hatte er sogar angekündigt, er werde den Beschluss ignorieren. Es werde keine Fachstelle für Rechtsextremismus geben, sondern eine Fachstelle 'für Demokratie' und 'gegen jeglichen Extremismus'.⁵ Die Linke kritisierte dies scharf.⁶ Die Stadt hat jedoch die Teilzeitstelle eines Koordinators für die städtische Aufnahmepolitik geschaffen, der an den Sitzungen der lokalen antirassistischen Gruppen teilnimmt.

Proteste gegen Abschiebungen

Die lokale Gruppe 'Solidarity City' organisiert regelmäßig Proteste gegen Abschiebungen und diskriminierende staatliche Praktiken in Halle und Umgebung.

So auch am Flughafen Leipzig/Halle, dessen Anteilseignerin auch die Stadt Halle ist. Zwischen 2016 und dem Ausbruch der COVID-19-Pandemie hatte Deutschland insgesamt 33 höchst umstrittene Abschiebe-

¹ <https://www.hallianz-fuer-viel-falt.de/foerderung/>

² <https://www.demokratie-leben.de/>

³ https://www.facebook.com/foodnotborders/?locale=de_DE

⁴ http://buengerinfo.halle.de/vo0050.asp?__kvonr=16792&voselect=16229

⁵ <https://radiocorax.de/ob-wie-gand-neun-monate-nach-dem-anschlag-von-halle/>

⁶ <https://dubisthalle.de/linken-stadtverband-kritisiert-wie-gand-interview-zum-terroranschlag>

flüge per Sammelflieger durchgeführt. Mit den vom Bund und einigen Bundesländern organisierten Flügen wurden insgesamt 907 Männer nach Afghanistan zurückgeführt. Der Großteil der Flüge startete vom zentral gelegenen Flughafen Leipzig/Halle.

Fast jedes Mal protestierten lokale Gruppen vor Ort, darunter von Anfang an auch die Gruppen Seebrücke/Solidarity City. Georg Schütze vom Hallenser Büro des Flüchtlingsrates Sachsen-Anhalt sagte, für transparente und faire Verfahren müssten mögliche Krankheiten der Betroffenen mitgeteilt und Kranke medizinisch versorgt werden. Er kritisierte, dass sich die Behörden wiederholt weigerten, unabhängige Abschiebebeobachter:innen am Flughafen zuzulassen.⁷

Abschaffung des Gutscheinsystems

Seit Herbst 2017 gibt das Sozialamt des Landkreises Saalekreis, der die Stadt Halle umschließt, an Geflüchtete Gutscheine statt Bargeld aus.⁸ Es handelt sich um eine Sanktionsmaßnahme für Geflüchtete, deren Asylantrag abgelehnt wurde und die nur eine Duldung haben.⁹ Sie unterliegen wie alle Geflüchteten einer Mitwirkungspflicht zur Erlangung von Personaldokumenten und sollen damit de facto ihre eigene Abschiebung erleichtern. Wenn Menschen mit Duldung keinen Pass haben, greifen die Behörden auf die gesetzliche Möglichkeit des Entzugs von Sozialleistungen zurück, um sie zum 'freiwilligen Verlassen des Landes' oder zur Abschiebung zu zwingen. Als Druckmittel werden anstelle von Bargeld Gutscheine ausgegeben. Der Gutscheinwert liegt weit unter dem Existenzminimum. In der Regel erhalten Erwachsene Gutscheine im Wert von 150 Euro pro Monat, während die reguläre Grundsicherung 354 Euro beträgt. Ohne Geld können sie zum Beispiel ihre Anwaltskosten, Fahrkarten oder Telefonguthaben nicht mehr bezahlen. Auch können die Gutscheine nicht für Medikamente oder Artikel wie Tabak oder Alkohol verwendet werden. Die Gutscheine lassen sich in Geschäften nicht in Bargeld umtauschen, und es gibt auch kein Wechselgeld, wenn die Gutscheine nicht vollständig eingelöst werden.

⁷ <https://www.saechsischer-fluechtlingsrat.de/de/2018/11/13/gemeinsame-pm-rueckfuehrung-ab-seits-der-richtlinie-zur-heutigen-abschiebung-nach-afghanistan/>;
und

<https://www.hinterland-magazin.de/wp-content/uploads/2018/10/hinterland-magazin39-93.pdf>

⁸ <https://www.saalekreis.de/de/hilfe-fuer-auslaendische-fluechtlinge.html>

⁹ Nach dem deutschen Aufenthaltsrecht ist eine Duldung eine Bescheinigung über die vorübergehende Aussetzung der Abschiebung.

2020 lebten im Saalekreis rund 500 Geflüchtete, die Anspruch auf Sozialleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz hatten. Für etwa 150 von ihnen ist dieser Anspruch eingeschränkt. Sie erhalten anstelle von Bargeld die Gutscheine, die alle zwei Wochen ausgegeben werden. Das ist besonders brisant, da das Gutscheinsystem für Geflüchtete auf Bundesebene bereits 2012 nach zehnjährigem Protest aufgegeben wurde. Aktive, zu denen später auch die Gruppen Seebrücke und Solidarity City gehörten, tauschten diese Gutscheine ab 2017 gegen Bargeld ein. Eine Aktivistin erklärte damals: „Für uns ist vollkommen klar, dass das Gutscheinsystem als Ganzes abgeschafft werden muss. Es ist rassistisch, stigmatisierend, entwürdigend und bedeutet eine erhebliche Verschlechterung für die ohnehin schwierige Lebenssituation Geflüchteter.“

3. Lokale Migrations- und Integrationspolitik

3.1 ‘Welcome-Treff’ – Unterstützung und Austausch für Geflüchtete und Alteingesessene

Eines der wichtigsten Hilfsprojekte für den Alltag der Geflüchteten ist der sogenannte ‘Welcome-Treff’ – ein zivilgesellschaftlich betriebener Treffpunkt für Geflüchtete und andere Bürger:innen. Als sich die Stadt weigerte, ein eigenes Willkommenszentrum zu eröffnen, initiierte eine zivilgesellschaftliche Gruppe das Begegnungscafé. Dieses Café ist bis heute ein beliebter Treffpunkt für verschiedene Gruppen und bietet Unterstützungsleistungen an.

Noch vor dem starken Anstieg der Flüchtlingszahlen in der zweiten Jahreshälfte unternahmen Linke und SPD im Sommer 2015 den Vorstoß, die Hallensische Ausländerbehörde in eine Willkommensbehörde umzuwandeln. Im September 2015 beauftragte der Stadtrat den Bürgermeister, ein Konzept für ein ‘Welcome Center’ für Asylbewerber:innen, Geflüchtete, EU-Bürger:innen und internationale Studierende zu entwickeln.¹⁰ Es sollte die Funktionen einer Registrierungsstelle, Einwanderungsbehörde, Wohnungsvermittlung und die Unterstützung bei Kinderbetreuung, Schulbesuch, Studienmöglichkeiten, Beratung zu Lebenshaltungskosten und Informationen über die Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen zusammenführen. Der beschlossene Antrag wurde letztlich aufgrund der Verweigerungshaltung des Bürgermeisters nie umgesetzt. Auf dessen Initiative hin erklärte das Landesverwaltungsamt den Beschluss des Stadtrates für ‘rechtswidrig’.¹¹ Die Reform, die die Willkommenskultur in Halle tatsächlich gestärkt hätte, war damit vom Tisch. Die Verwaltung wollte sich ein solches Projekt nicht aufzwingen lassen. Nur wenige Monate später gründete die lokale Zivilgesellschaft den ‘Welcome-Treff’, der inzwischen vieles von dem anbietet, was ursprünglich für das kommunale ‘Welcome Center’ geplant war.¹²

Wie funktioniert das Projekt?

Die im Dezember 2015 gegründete Initiative bietet verschiedenste Formen der Unterstützung an: Hilfe beim Erlernen der deutschen Sprache, beim Ausfüllen von Formularen und bei der Bewerbung um einen Arbeitsplatz. An manchen Tagen ist der Treffpunkt länger geöffnet und bietet Möglichkeiten für Spiel und Sport. Er wird von der Freiwilligen-Agentur Halle-Saalkreis e. V. und der Stadt Halle betrieben.

Der ‘Welcome-Treff’ vermittelt Geflüchteten persönliche Lots:innen, die ehrenamtlich Erstinformationen, Beratung und Übersetzungen bereitstellen. Die Lots:innen helfen zudem bei alltäglichen Terminen, Behördenengängen und Arztbesuchen, bei der Suche nach Sprachkursen

¹⁰ http://buergerinfo.halle.de/vo0050.asp?_kvonr=11937

¹¹ <http://buergerinfo.halle.de/getfile.asp?id=167035&type=do&>

¹² <https://www.willkommen-in-halle.de/welcome-treff/>

oder bei der Anmeldung von Kindern in Kindergarten oder Schule. Eine Abendveranstaltungsreihe mit dem Titel 'Gesellschaft und Integration' bietet kostenlose Bildungsangebote zu verschiedenen Themen an. Ihre Referent:innen gestalten die Seminare so, dass auch Nicht-Muttersprachler:innen folgen können.

Seit 2017 gibt es unter dem Dach des 'Welcome-Treffs' ein eigenes Frauencafé – schließlich sind gut ein Drittel der Hallenser Geflüchteten Frauen. Die Begegnungen brauchen oft erst einen geschützten Raum und Zeit, um Vertrauen und Offenheit zu entwickeln, sagt die Leiterin des 'Welcome-Treffs' Julia Burghardt. „Wir haben mit einem offenen Brainstorming begonnen und waren beeindruckt von der großen Resonanz und den Ideen, die die Frauen mitbrachten. Sie sollen ermutigt werden, ihre Fähigkeiten weiterzuentwickeln und sich gegenseitig zu unterstützen.“ Ab 2018 war der 'Welcome-Treff' auch ein Ort, an dem sich die Ortsgruppe der 'Solidarity City' traf, die sich wiederum zum Teil aus Aktivist:innen des 'Welcome-Treffs' zusammensetzt. 2020 wurde dieser mit dem Deutschen Nachbarschaftspreis ausgezeichnet.¹³ Die Jury befand, dass er „an diesem besonderen Ort in Halle ein Zeichen für mehr Vielfalt [setzt] und [...] damit eine Inspiration für andere Regionen in ganz Deutschland“ ist.¹⁴

3.2 Anstelle der Lagerunterbringung ein Zuhause

Neben der öffentlichen Förderung alternativer und antirassistischer Projekte dreht sich die Debatte in Halle seit langem um die Frage der Unterbringung von Geflüchteten. Die weit über zehn Jahre andauernde Kampagnenarbeit von Bürgerinitiativen wie NoLager schuf nach und nach ein kritisches öffentliches Bewusstsein für die Lagerunterbringung. In der Folge hat die Stadt ihre städtischen Wohnungsgesellschaften eingeschaltet, was zu verschiedenen Verbesserungen geführt hat. Die Geflüchteten können schneller als in anderen Städten in eine eigene Wohnung ziehen. Außerdem wurden rund 700 Integrationswohnungen mit günstigen Konditionen für Geflüchtete sowie ein Frauenhaus geschaffen.

¹³ <https://www.nachbarschaftspreis.de/de/welcome-treff-/>

¹⁴ <https://www.google.com/url?q=https://dubisthalle.de/welcome-treff-aus-halle-saale-ist-bundessieger-beim-nachbarschaftspreis&sa=D&source=docs&ust=1690448392208006&usg=AOvVaw2cDNL7z5samsVC6d-d92kMD>

¹⁵ <https://www.google.com/url?q=https://dubisthalle.de/welcome-treff-aus-halle-saale-ist-bundessieger-beim-nachbarschaftspreis&sa=D&source=docs&ust=1690448392208006&usg=AOvVaw2cDNL7z5samsVC6d-d92kMD>

¹⁶ <https://no-lager-halle.org/>

Wie fast überall in Deutschland bringt auch die Stadt Halle Geflüchtete in Sammelunterkünften unter. Dies wurde bereits 2002 von der antirassistischen Szene thematisiert. In den Folgejahren dokumentierte NoLager Grundrechtsverletzungen in den sachsen-anhaltinischen Sammelunterkünften. „Wir unterstützen Flüchtlinge und Flüchtlingsinitiativen in ihrem politischen Kampf für eine verbesserte Lebenssituation, für eine Unterbringung in Wohnungen und für ein Bleiberecht. Wir setzen uns gegen jede Zwangsunterbringung in Sammelunterkünften und Lagern ein und fordern ihre Schließung“,¹⁵ schrieben sie und forderten eine Unterbringung in dezentralen Unterkünften. Die Aktivist:innen kämpfen gegen die Residenzpflicht und die Abschiebung von abgelehnten Asylbewerber:innen. Die Schließung der Lager und die Unterbringung von Geflüchteten in Einzelwohnungen ist auch eine Hauptforderung der Gruppe Solidarity City in Halle.¹⁶

Der Handlungsspielraum der Stadtverwaltung

In Sachsen-Anhalt entscheiden die Landkreise und kreisfreien Städte, ob sie Geflüchtete in Wohnungen unterbringen oder in Heimen wohnen lassen. In der Regel sieht das Asylrecht¹⁷ jedoch vor, dass die Asylsuchenden in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht werden. Dennoch haben die aufnehmenden Kommunen – vor allem unter humanitären Gesichtspunkten – einen Handlungsspielraum bei der Bereitstellung von Wohnraum. Das Land Sachsen-Anhalt empfiehlt, dass Familien mit mindestens einem minderjährigen Kind nach sechs Monaten Lageraufenthalt eine Wohnung erhalten sollten. Alleinerziehende sollten nach drei Jahren eine Wohnung beziehen dürfen.

Halle hat diese Fristen verkürzt. Hier können Geflüchtete schneller als in anderen Städten in eine eigene Wohnung ziehen – teilweise schon nach zwei Wochen in Sammelunterkünften. Entscheidend ist dabei, ob die Aufenthaltsperspektive als gut eingeschätzt wird. Einen Rechtsanspruch auf diese Beschleunigung gibt es allerdings nicht.

Modell der Integrationswohnungen

Seit 2016 verfolgt die Stadt Halle bei der Unterbringung von Geflüchteten ein Stufenmodell: Zunächst werden sie in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht. Gleichzeitig hat die Stadt begonnen, rund 700 Wohnungen als sogenannte Integrationswohnungen von kommunalen Wohnungsunternehmen anzumieten. Diese werden von der Kommune mit Hilfe von Untermietverträgen an Geflüchtete vergeben. Nach der Anerkennung werden die Mietverträge von den Geflüchteten übernommen.

Obwohl die Integrationswohnungen über das gesamte Stadtgebiet von Halle verteilt sind, gibt es in einigen Stadtteilen eine besondere Konzentration: „Der Großteil der verfügbaren Bestände dieser Unternehmen befindet sich in sozial benachteiligten Quartieren.“¹⁸ Dort sind Mietwohnungen kleiner und bei mittlerer Größe noch zu relativ günstigen Preisen und Konditionen verfügbar. „Es ist davon auszugehen, dass hier in vielen Fällen eine Integration in den Wohnungsmarkt gelingen wird.“¹⁹ Anfang 2017 waren bereits 44 Prozent der Asylbewerber:innen in Halle in den regulären Wohnungsmarkt integriert.²⁰

Heute gibt es in der Stadt zwei Gemeinschaftsunterkünfte mit 202 Plätzen. Darüber hinaus verfügt die Stadt über 174 Mietshäuser und 731 Integrationswohnungen.

Ein Frauenhaus für Geflüchtete

Darüber hinaus gibt es in Halle ein Frauenhaus für Geflüchtete mit und ohne Kinder. Seit der Gründung 1996 in Köthen und dem Umzug nach Halle im Jahr 2001 bietet die Einrichtung eine besondere Form des betreuten Wohnens für traumatisierte, alleinreisende Geflüchtete und ihre Kinder, die in ihrem Herkunftsland, auf der Flucht oder in Gemeinschaftsunterkünften Gewalt erfahren haben. Es ist ein geschützter Bere-

¹⁷ https://www.gesetze-im-internet.de/asylvfg_1992/_53.html

¹⁸ BBSR (Hrsg.) (2017): Integration von Flüchtlingen in den regulären Wohnungsmarkt. Bonn: BBSR-Online- Publikation 21/2017

¹⁹ Ebd.

²⁰ Ebd

ich ohne Männer. Voraussetzung für die Aufnahme ist, dass die Frauen (und ihre Kinder) Asylbewerberinnen sind oder eine Duldung haben und in Sachsen-Anhalt leben. Das Haus, das von Bund und Land finanziert wird, ist ein Erfolgsmodell für ganz Deutschland.

4. Interessenvertretung und Vernetzung

Schon Monate vor dem Entstehen der Seebrücke-Bewegung im Sommer 2018 hatte sich in Halle eine Initiative aus aktivistischen Gruppen, Institutionen, Einzelpersonen und Mitarbeiter:innen der Stadtverwaltung gebildet. Dank ihres unermüdlichen Engagements beschloss der Stadtrat, dass Halle dem Bündnis 'Städte sicherer Häfen' beitrifft und die Potsdamer Erklärung unterstützt.

Auf Initiative der Hallenser Ortsgruppe der Seebrücke hat der Stadtrat am 19. Dezember 2018 eine Resolution zur 'Aufnahme von Menschen, die aus Seenot gerettet wurden' verabschiedet.²¹ Die Resolution wurde von einem Bündnis aus vier linken Parteien beantragt. Die konservative CDU, die FDP und die rechtsextreme AfD hatten zuvor im Finanzausschuss gegen die Resolution gestimmt. Darin heißt es: „Der Stadtrat von Halle (Saale) erklärt seine Bereitschaft [...] speziell im Mittelmeer aus Seenot gerettete Menschen, in Halle (Saale) aufzunehmen“. Der Stadtrat hoffte, dass sich der Oberbürgermeister unter Wahrung seiner Autonomie der Sache annehmen würde. Praktische Konsequenzen hat der Beschluss vorerst nicht.

Beteiligung an kommunalen Solidaritätsnetzwerken

18 Monate später, am 11. Juni 2020, verabschiedete der Stadtrat deshalb eine zweite Erklärung,²² die von der Fraktion Die Linke eingebracht wurde. Darin heißt es, dass die Stadt Halle dem Bündnis 'Städte Sicherer Häfen' beitrifft und die 'Potsdamer Erklärung' unterstützt. Dies ist eine Erklärung vom Juni 2019, in der sich zunächst rund 60 deutsche Städte und Gemeinden öffentlich bereit erklärten, aus Seenot gerettete Menschen aufzunehmen.

Halle sollte laut Beschluss zunächst fünf unbegleitete Minderjährige und ein zusätzliches Kontingent von bis zu 145 Personen aus Geflüchtetenlagern in Griechenland aufnehmen, so die Entscheidung. Der Oberbürgermeister wurde gebeten, die Geschäftsstelle des Bündnisses 'Städte Sicherer Häfen' über die Entscheidung zu informieren und alle weiteren Schritte zur Unterbringung der Geflüchteten zu unternehmen. Ihm oblag es auch, mit dem Land Sachsen-Anhalt und dem Bund Kontakt aufzunehmen und sich bei der Landesregierung für ein humanitäres Aufnahmeprogramm in Sachsen-Anhalt einzusetzen. Ferner sollte die Landesregierung eine entsprechende Bundesratsinitiative des Landes Berlin unterstützen. Ziel dieser Initiative war es, das Aufenthaltsgesetz so zu ändern, dass die Bundesländer humanitäre Aufnahmeprogramme ohne Zustimmung des Bundes beschließen können. Ausgangspunkt

²¹ http://buengerinfo.halle.de/to0040.asp?_ksinr=15937

²² http://buengerinfo.halle.de/to0040.asp?_ksinr=16739

war, dass das konservative Bundesinnenministerium seit 2018 kommunale und Länderinitiativen zur direkten Aufnahme von Geflüchteten die Zustimmung verweigert hatte.

5. Update: Was ist neu im Jahr 2023?

- ◆ Die Zahl der rassistischen Gewalttaten in Sachsen-Anhalt ist nach wie vor alarmierend: 2022 wurden mindestens alle zwei bis drei Tage Menschen aus rassistischen, rechtsextremen, antisemitischen und/oder LSBTIQ*-feindlichen Motiven angegriffen und verletzt.²³ Die Stadt Halle ist nach wie vor eine Hochburg rassistischer Gewalt in Sachsen-Anhalt, doch die lokale Antirassismus-Bewegung arbeitet weiter daran, die Lebenssituation von Flüchtlingen zu verbessern.
- ◆ Die Initiative “Welcome Treff” wurde im Herbst 2021 erneut ausgezeichnet, diesmal vom “Bündnis für Demokratie und Toleranz - gegen Extremismus und Gewalt (BfDT)” als bundesweit vorbildliches Projekt.²⁴
- ◆ Bernd Wiegand (ehemaliger Oberbürgermeister, parteilos) ist im Zuge der Affäre um seine vorzeitige Corona-Impfung seit dem 7. Juni 2021 vorläufig von seinem Amte enthoben worden.²⁵ Sein gesetzlicher Vertreter ist Bürgermeister Egbert Geier (SPD). Die nächsten regulären Oberbürgermeister:innen-Wahlen finden erst wieder 2026 statt. Wiegand war seit 2012 im Amt und stützte sich im Stadtrat auf die Fraktion “Hauptsache Halle”, welche wegen des Zusammenschlusses mit Gernot Nette (der in der Vergangenheit für die AfD politisch aktiv war und bei der rechtspopulistischen, islamfeindlichen LEGIDA auftrat) in die Kritik geraten war.²⁶ Geier hingegen ist weniger umstritten. Unter seiner Regierung hat Halle bisher “etwa 1.200 mehr ukrainische Flüchtlinge [...] aufgenommen, als nach dem Verteilungsschlüssel erforderlich wären”.²⁷
- ◆ Seit 2022 organisiert die Stadt Halle die neue Initiative “Wohnungspatenschaften” für Bürger:innen, die sich an der Unterbringung von Kriegsgeflüchteten aus der Ukraine beteiligen möchten. Im Rahmen dieser Wohnungspatenschaft erklären sich die Pat:innen bereit, die Einrichtung und Ausstattung einer Wohnung zu übernehmen. Die Stadt selbst stellt die Wohnung zur Verfügung.²⁸

²³ <https://dubisthalle.de/156-rechte-straftaten-in-sachsen-anhalt-halle-saale-hat-mit-48-den-hoehsten-anteil>

²⁴ <https://welcometreff.de/programm/>

²⁵ https://lwa.sachsen-anhalt.de/fileadmin/tx_tsarssinclude/landesverwaltungsamt_15_06_2021_pressemitteilung_disziplinarverfahren-gegen-ob-wiegand-vorlaeufige-entfernung-aus-dem-dienst.pdf

²⁶ <https://dubisthalle.de/wegen-aufnahmen-eines-ex-afders-halle-gegen-rechts-kritisiert-stadtratsfraktion-hauptsache-halle>

²⁷ <https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen-anhalt/halle/halle/jahresueckblick-halle-egbert-geier-100.html>

²⁸ <https://dubisthalle.de/kein-platz-in-der-eigenen-wohnung-dann-wohnungspatenschaft-fuer-ukraine-fluechtlinge-in-halle-uebernehmen>

Moving Cities bietet eine eingehende Untersuchung der Strategien von solidarischen Städte aus Europa und erforscht ihre inspirierendsten und erfolgreichsten Ansätze für eine fortschrittliche Migrationspolitik. Weitere Städteberichte auf: www.moving-cities.eu

Mehr über das Projekt und seine Finanzierung auf der Website: <https://moving-cities.eu/about>
